67. Jahrgang Nr. 492

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 18. Oktober 1919

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Anhalt 50 Pf. wöchentl., M. 2,20 monatlich oder M. 6,60 vierteljährl. Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 2,25 u. viertelj. M. 6,75. Insertionspreis die Zeile M. 1.50 mit 50% Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche M. 1.50 mit 20% Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1.— die Zeile. Kleine Anzeigen: das Wort 40 Pf., das fettgedruckte Wort 75 Pf. mit 50% Zuschlag. – Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. – Redakt. u. Haupt-Exp.: SW. Jerusalemer Str. 48-49. Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144. f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-5, Frankf. Alles 296, Frankf. Alles 56, nr. Frankf. Str. 101, Greifenw. Str. 107, Schönh. Alles 164, Schönhauser 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 136, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal. Str. 45, Kastanienw. 4, Str. 5, Turmstr. 61, Potsd. Str. 52, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 88, Blücherstr. 69; Charlottenb.: Tauentzienstr. 7, Kantstr. 34, Schlüterstr. 38, Nürnb. Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Hennigsplatz; Lichtenberg: Frankf. Alles 241; Lichterfelde-West: Curtiz. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 95-96, Kaiser-Friedrichstr. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 8; Steglitz: Albrechtstr. 135; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147, Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 45; Niederschönweide: Brückenstr. 72; Potsdam: Brandenb. Str. 23; Spandau: Breite Str. 47, Mettin: Paradepl. 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Metallarbeiterstreik beigelegt.

Die Einigung auf den Schiedsspruch. — Der Sieg des Schiedsgerichtsgedankens. — Elektrikerstreik und Noske-Erlaß. — Erfolgreiches Eingreifen der Technischen Nothilfe.

Die Einigung.

Berlin, 17. Oktober. (W. T. B.)

Die in der Sitzung vom 16. Oktober im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz Geheimrats Sitzler aufgestellte Verhandlungsgrundlage, ist von dem Verband der Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband innerhalb der gestellten Zeit angenommen worden. Das Schiedsgericht, dem hiernach im beiderseitigen Einverständnis die endgültige Regelung der Streitpunkte übertragen ist, wird noch am Sonnabend, den 18. d. M., vormittags 11 Uhr, im Reichsarbeitsministerium zusammengesetzt werden.

Die Einigungsformel lautet:

1. Die Verhandlungen über die Einordnung in die fünf Lohnklassen finden in Gruppen in Gegenwart des Schiedsrichters statt. Findet eine Einigung statt, so ist diese Einigung bindend für beide Parteien. Findet keine Einigung statt, so entscheidet das Schiedsgericht endgültig.
2. Das Schiedsgericht besteht aus vier Unparteiischen, drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern als Beisitzer.
3. Die Unparteiischen sind mit beiderseitigem Einverständnis vom Reichsarbeitsminister zu ernennen.
4. Der Schiedsspruch vom 21. August 1919 bleibt bestehen. In der 5. Lohnklasse werden die Zuschläge, wie bereits zugesagt, von fünf auf zehn Pfennig erhöht.

*

Die Beilegung des Metallarbeiterstreiks in dieser Form stellt einen hochbedeutsamen Sieg des Schiedsgerichtsgedankens dar. Beide Parteien unterwarfen sich von vornherein der Entscheidung des nunmehr zusammentretenden Schiedsgerichts. Es erhebt sich die Frage: Kann das Schiedsgerichtsverfahren nicht verallgemeinert werden? Kann nicht ein für allemal eine Schiedsgerichtsordnung bestehen, nach der bei Lohnstreitigkeiten automatisch das Schiedsgericht in Tätigkeit tritt? Wenn die mächtigen Organisationen der Berliner Metallindustrie, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, sich einem Schiedsspruch unterwerfen dann sollte dies auch in allen anderen Fällen möglich sein. Man sollte auf allen Seiten nunmehr von neuem zu der Frage Stellung nehmen, ob nicht auch bei uns, nach australisch-neuseeländischem Muster, ein Schiedsgerichtsgesetz möglich wäre.

Die Sympathiestreiks der Elektriker.

Der Beilegung des Metallarbeiterstreiks war eine Verschärfung der Sympathiestreiks in den schroffsten und sinnlosesten Formen vorausgegangen, in Formen, die nicht nur die beteiligten Arbeitgeber, sondern auch die große Masse des Berliner Proletariats schwer zu schädigen geeignet waren. So wurde gemeldet:

Halle, 17. Oktober.

Die Arbeiter des Kraftwerkes Zschernowitz bei Bitterfeld, das Berlin mit Kraft und Licht versorgt, haben heute vormittag kurz nach 10 Uhr die Fernleitung nach Berlin abgeschaltet. Es handelt sich um einen Solidaritätsstreik im Anschluß an die Berliner Streikbewegung.

Auch in Berlin selbst breitete sich der Elektrizitätsstreik aus, so daß, da man die Bevölkerung unmöglich unter den Folgen leiden lassen konnte, die Technische Nothilfe eingreifen mußte. Offiziös wurde hierüber berichtet:

Berlin, 17. Oktober. (W. T. B.)

Die Arbeiter auf dem Elektrizitätswerk Stralau-Rummelsburg heben die Arbeit niedergelegt. Die Technische Nothilfe wird alsbald eingreifen. Das Moabiter Städtische Elektrizitätswerk, von dem der gesamte Strom der Berliner Straßenbahn abhängt, stand gleichfalls still. Da die Krankenhäuser von Moabit an die Technische Nothilfe die dringende Bitte gerichtet haben, Strom weiter zu liefern, damit die Kranken operiert werden können, hat die Technische Nothilfe sofort eingegriffen und wird den vollen Betrieb aufnehmen.

Der Noske-Erlaß.

Gleichzeitig sah sich das Oberkommando zu einem Erlaß genötigt, der vielleicht verschiedene Beurteilung finden wird, der jedoch angesichts der bedrohlichen Lage durchaus verständlich war. Der Erlaß lautete:

Berlin, 17. Oktober. (W. T. B.)

Das Oberkommando Noske hat an die Bevölkerung von Groß-Berlin folgende Verordnung gerichtet:

„Für einen großen Teil Berlins bestehen ernste Gefahren infolge Lahmlegung lebenswichtiger Betriebe. Bereits sind Krankenhäuser zum Teil nicht mehr in der Lage, Operationen durchzuführen, die zur Erhaltung des Lebens von Patienten notwendig wären. Weitere Einstellung der Arbeit in lebenswichtigen Betrieben würde unabsehbare Nachteile für die Berliner Bevölkerung mit sich bringen. Zu wirtschaftlichen Kämpfe einzugreifen, liegt mir fern; doch kann ich nicht dulden, daß Hunderttausende von Berliner Arbeitern gegen ihren Willen zum Feiern ohne Entschädigung gezwungen werden, daß Leben und Gesundheit der großstädtischen Bevölkerung aufs Spiel gesetzt wird. Auf Grund des Belagerungszustandes verbiete ich daher jedwede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, **lebenswichtige Betriebe** zur Stillegung zu bringen, insbesondere: Zerstörungen oder Schädigungen von Betriebsanlagen und Leitungen. Zuwiderhandelnde setzen sich einer Bestrafung bis zu einem Jahre Gefängnis und sofortiger Verhaftung aus, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt wird. Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind anzusehen: alle Anlagen zur Erzeugung und Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität, sowie die öffentlichen Verkehrsmittel.

Der Oberbefehlshaber
gez. Noske."

Man wird zumindest die Begründung dieser Verordnung als richtig anerkennen müssen.

*

Berlin, 17. Oktober. (W. T. B.)

Freitag abend 8 Uhr fand eine einstündige Besprechung statt zwischen dem Reichswehrminister einerseits und Vertretern der Fünfzehnerkommission und der Gewerkschaftskommission andererseits wegen des Erlasses vom 17. Oktober. Nach längerer Aussprache, an der sich alle Delegierten der beiden Körperschaften beteiligten, wurde vom Reichswehrminister folgende Erklärung abgegeben: „Ich erkläre: Sowie die Maschinisten und Heizer die Arbeit in den lebensnotwendigen Betrieben aufnehmen, fällt meine Verfügung vom heutigen Tage fort. Zur gleichen Zeit wird die Nothilfe zurückgezogen."

Endlose Friedensverzögerung?

Amsterdam, 17. Oktober.

Laut Preßbureau Radio meldet „Associated Preß" aus Paris, daß der Austausch der Ratifikationen für unbestimmte Zeit verzögert wird, da die drei Mächte, die den Vertrag ratifiziert haben, nicht in der Lage sind, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um die Bestimmungen des Vertrages innerhalb kurzer Zeit nach der tatsächlichen Ratifikation durchzuführen.

Wenn diese Meldung zutrifft, können wir uns auf eine endlose Verzögerung der offiziellen Kriegsbeendigung gefaßt machen. Was hat die Entente im Sinne? Will sie die Bequemlichkeit des Kriegszustandes, der ihr ständige kriegerische Handlungen gegen Deutschland ermöglicht (die neue Ostseeblockade!), endlos hinauszerren? Will Frankreich etwa so lange unsere Gefangenen behalten? Dann möge ein Proteststurm unser Land durchfahren, daß sein Echo dröhnend an allen Küsten der Erde widerhallt.

Inzwischen ist in Amerika das schlimmste Hemmnis für die Friedensannahme überwunden. Die Schantungklausel ist kein Hemmnis mehr, wie folgende Meldung besagt:

Washington, 16. Oktober. (Reuter.)

Der Senat hat den Schantung betreffenden Abänderungsantrag zum Friedensvertrag mit 55 gegen 35 Stimmen verworfen.

Polen gibt die entführten Deutschen wieder. Wie aus Warschau berichtet wird, verhalten sich die polnischen Behörden in der Frage der Befreiung der bei den schlesischen Grenzkämpfen von den Polen gefangenen Deutschen, sehr entgegenkommend. Diese Gefangenen sind bereits dem französischen General Dupont übergeben worden, der ihre Heimsendung veranlassen wird.

Die neue Ostseeblockade.

Reval, 15. Oktober.

Die hier befindlichen deutschen Dampfer haben von dem ältesten englischen Seeoffizier den Befehl erhalten, den Hafen nicht zu verlassen. Ein deutscher Dampfer wurde **von den Engländern als Prise eingebracht.**

Das neue Kabinett Renner.

Ohne Otto Bauer.

Wien, 17. Oktober.

An Stelle des zurückgetretenen Präsidenten der Sozialisierungskommission, Otto Bauer, wird Ellenbogen, an Stelle des Vizepräsidenten Seidel, der Christlichsoziale Heinel gewählt. Aus dem bisherigen Kabinett scheiden somit Staatssekretär Schumpeter, Brattus, Bauer und Unterstaatssekretär Fügel aus. Staatskanzler Renner hielt seine Antrittsrede.

Wegen Erzberger-Beleidigung ist die deutschnationale „Deutsche Zeitung" verklagt worden und zwei Redakteure und der Drucker von ihr.

Die Ludendorffs im Arbeiterrock.

Von
Karl Vetter.

Das regnerisch Trübe und die Aufregung dieser Oktobertage erinnern mich oft an die gleiche Zeit des vorigen Jahres, als wir uns an der belgischen Front rückwärts bewegten. Auch damals überall Nässe, Kühle, mürrische Gesichter und schlaffe Gestalten. Alles von dem Drange nach Wärme, Liebe und Frieden beseelt. Das Grauen vor einem neuen schrecklichen Winter, einem neuen lichtlosen Weihnachten, hielt uns alle gepackt, und die zerrissenen Nerven versuchten vergeblich, den Wirrwarr zu meistern, in dem wir steckten, und der schon eine Ausdehnung gewonnen hatte, die keinen Horizont mehr sehen ließ. Das Wort von dem Ende mit Schrecken, das einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen sei, war zum Losungswort geworden. Aber es wollte niemand von denen hören, die es in der Hand gehabt hätten, einem abgekämpften und verhungerten Volke zu besseren Zeiten den ersehnten Frieden zu geben. Für die paar Männer, die das Steuer führten, war damals schon nichts mehr weiter übrig als ohnmächtige Wut, geboren aus einem lange unterdrückten Schmerz. Mit wenigen Ausnahmen fühlten alle, daß sie tatsächlich nur willenloses Material in den Händen der Führer waren. Anfangs vertraute man ihnen. Als die Millionenmasse aber sah, daß das Vertrauen unbelohnt blieb, daß die Gottähnlichen absichtlich einen Frieden fernhielten (der Kürzung ihres Ruhmes bedeutet hätte), da wurde sie mißtrauisch, und etwas später war eine Kluft zwischen dem Oben und Unten, für deren Ueberbrückung kein Pionierpark die Bretter und Bohlen liefern konnte. Wenn man trotzdem noch folgte, dann geschah es aus der Furcht vor den Stacheldrahtkinderkissen der Militärstrafen, für deren Mützen uns jeder Tag Bovorte aus nächster Nähe lieferte. Man wagte auch in jenem Oktober nicht, vor die Führer hinzutreten: Bis hierher und nicht weiter! Deren Macht schien noch immer so ungeheuerlich, daß den meisten Befehlen stumm gehorcht wurde. In den Novembertagen sahen wir dann, wer und was unsere Steuermänner in Wirklichkeit waren. Wir erlebten es, daß die „großen" Leute nur kleines und kleinstes Format aufwiesen, daß sie nur deshalb groß gewesen waren, weil wir dem Rimbus des Systems der ordensgepanzerten Brüste viel zu willig und zu leicht geglaubt und in den papiernen Paragraphen des Kompendiums über Militärrecht einen sittlichen Wert erblickt hatten, den es mit das ganze System nicht haben konnten, da der Boden, auf dem dies alles gewachsen war, Ungerechtigkeit für Hunderttausende und Macht- und Rechtsfülle nur für ein paar Dutzend hergeben konnte. Den neunten November hat nicht irgendeine sozialistische Partei „gemacht", sondern er ist eine Naturnotwendigkeit, das logische Ziel des unfreien und undemokratischen Systems gewesen, das in friedlicher Zeit, vielleicht, in drei weiteren Jahrzehnten beseitigt worden wäre, das aber zusammenbrechen mußte, nachdem ein jahrelanger Krieg alle seine Kräfte vorzeitig aufgebraucht hatte.

Die Menschen, die diese regenfeuchten, freude- und wärmelosen Tage erleben, sind die gleichen, die den belgischen und französischen Oktober, seiner Hoffnungslosigkeit wegen, verdammten. In einer neuen Streikwelle stehend, jeden Augenblick gewärtig, von dem Gischt selber überschüttet zu werden, ist alles von der Furcht vor dem drohenden Winter befallen. In Feindesland konnten uns Kugeln und Minen treffen, hier erleben wir es, daß plötzlich alles wirtschaftliche Leben durch einen einzigen Befehl eines Streikkommandos getötet werden kann. Im Kriege hinderten uns die Ludendorffs daran, nach Hause zu fahren. Sie glaubten an den Endsieg. Sie hafteten die Verständigung, das Entgegenkommen auf halbem Wege. Heute halten die heimwärts fahrenden Bahnen plötzlich an, weil andere Ludendorffs meinen, damit ihren Siegfrieden sichern zu können. Damals mußten wir, ohne Verpflegung, oft auf fernen, unheimlichen Posten sitzen, weil die Männer des Krieges es für gut und richtig befanden, heute müssen wir ohne Nachtesser durch dunkle Straßen und Zimmer das Bett aufsuchen, weil die Ludendorffe des Wirtschaftskrieges aus Gründen der Taktik es für richtig halten, daß die Gas- und Elektrizitätsarbeiter die Tätigkeit einstellen. Während des Massenmordes mit Zweiundvierzigern, Flammenwerfern und Gasgranaten forderten ein paar Männer, daß alles sich willig den Kriegsgeboten unterwerfe. Wir Unschuldigen im achselstücklosen Rock beugten uns, weil wir machtlos, belogen und der Ansicht waren, daß irgendwann der Tag kommen müßte, der den Spuk beseitigen und dem Frieden und dem besseren Mittel der Auseinandersetzung, der Verständigung, die Tür öffnen würde. Wir vertrauten dieser Hoffnung und den Kräften in der Heimat, die am Werke waren, der Vernunft zum Siege zu verhelfen. Wir Feldgrauen vertrauten der Millionenmasse der Brüder zuhause, wir vertrauten der Macht der Demokratie und des Sozialismus, die den Krieg verabscheute und im Juli 1917 den ersten großen Vorstoß zum Versöhnungsfrieden unternommen hatte. Wir vertrauten. Bis zu dem Tage, an dem das System des Siegfriedens und der vernunftlosen Gewalt in sich selbst zusammenstürzte. Wir schleppten uns nach Hause. Und sahen, erschüttert und gebrochen, daß der in die Tiefe gestürzte Kloß allen Wohlstand und alles, was wir besessen hatten, mit in den Abgrund gerissen hatte . . . Wir waren erschüttert. Weil wir aber, in aller Armut, den Glauben hatten, daß nun das